

Stimmt für

HON. CHAS. A. DUNNING

Canadas nächster Eisenbahnminister

Ehrliche und reine Regierung

oder

„Konservative Heuchelei“

Dies sind die Männer, welche durch die konservative Propaganda auch glauben machen wollen, daß sie eine reine und ehrliche Regierung bilden können. Können wir eine reine, ehrliche Regierung von diesen Männern erwarten? Jetzt sind sie die Kollegen des Rt. Hon. Arthur Meighen in der Regierung.

R. S. WHITE, M.P.

Auf das Ersuchen des Herrn R. S. White, hat Herr R. P. Cler, Collector of Customs zu Montreal, und Inspektor of Customs of Excise und andere Zollbeamten an diesem Orte, dem Herrn White verschiedentlich über eine lange Zeitperiode alkoholische Getränke geliefert aus den bondierten Warenhäuser der Regierung, in manchen Fällen hat sich die Quantität auf 30 bis 40 Gallonen belaufen.

(Siehe Seiten 1470, 1511, 1512 und 1513.)

W. A. BOYS, M.P.

Gebrauchte seinen Einfluß und Stellung als Abgeordneter im Parlament um das Bekraften eines Davey Wasiberg zu verhindern, der schuldig befunden worden ist als Schmuggler von Waren nach Canada und der versucht hatte, den Zollbeamten zu bestechen.

(Siehe Seiten 1639-1646, 1661-1667, 1915-1916, 1979-1992.)

W. A. BLACK, M.P.

Pickford & Black, Limited, von welcher Firma Herr W. A. Black, M.P., der größte Teilhaber ist, sind Verwalter einer Dampfschifflinie zwischen Halifax und den West Indies. Viele Strafen sind Schiffen dieser Linie auferlegt worden für das Schmuggeln von Getränken usw. nach Canada. Verhütete Korrespondenz in Verbindung mit diesen Schiffen war in den Händen des Komitees aber kein Zeugenverhör wurde unternommen. Wenigstens eine Strafe wurde auf eines dieser Schiffe verhängt solange das Komitee in Sitzung war.

(Vide Minutes of Proceedings of Committee, March 17th, April 6th, April 9th.)

THOMAS CANTLEY, M.P.

Dieser Abgeordnete ist noch immer der registrierte Eigentümer des Schooners „Victorian“, die von der Regierung der Ver. Staaten beschlagnahmt worden ist im letzten Januar wegen des Einführens von Getränken in die Ver. Staaten. Herr Cantley behauptet, daß das Schiff vor einiger Zeit an einen Charles Stratford verkauft worden ist. Dieser Herr konnte weder von der Regierung der Ver. Staaten, der canadischen Regierung, noch von Herrn Cantley selbst, der den Wunsch geäußert hatte, das Schiff diesem Herrn Stratford zu übergeben, vorgeschunden werden.

(Vide Return to the House this Session. N. 160.)

R. B. HANSON, M.P.

Wurde von der Appellabteilung des Hochgerichts von New Brunswick für ein Jahr suspendiert, vom 23. April 1926 an, als ein Advokat, wegen Verschuldigungen profess. Mißverhaltens, die von dem Sekretär der New Brunswick Barrister Society gemacht wurden. Eine besondere Anklage war es, daß Herr Hanson verursacht hatte ein Decree des Gerichtes umzuändern und es gebraucht hatte obwohl er wußte, daß es gefälscht war. Der Council der Barristers Society haben Herrn Hanson einstimmig als schuldig befunden und haben es auch so an das Hochgericht berichtet. Beim Fällen des Urteils in dieser Anklage sagte der Richter Hagen, ein alter politischer Freund des Herrn Hansons, unter anderem:

„Diese Angelegenheit (Das Verurteilen von Fälschung eines Decretal Order) ist von höchst großer Natur und verheerendes Charakters.“

Das Gericht hielt, daß bei einer Kriminalanklage dieser Natur der Angeklagte den besten Teil eines Quotienten haben soll. In dieser Verbindung wußte das Gericht des Urteils auf der Tatsache, daß während eine dieser Angelegenheiten Herr Hanson erkrankt werden konnte, in welchem Falle diese Angelegenheit in einem anderen Teil des Gerichtes gebracht werden würde. Der Richter konnte sich deshalb nicht einig sein über den Verdacht des Councils der Barristers Society, die Herrn Hanson beschuldigten der Fälschung eines Decretal Order.

Das Urteil sagte auch, daß das Gericht des Rechts hätte, einen Advokaten von der Liste zu streichen oder ganz zu suspendieren, falls er sich eines professionellen Mißverhaltens schuldig gemacht hat. Wenn Herr Hanson an der ersten Angelegenheit als schuldig befunden worden ist, nämlich des Verurteilens einer Fälschung eines Decretal Order, dann hätte nichts weiter übrig, als den Ausschluß von der Liste zu streichen.

(Vide Supreme Courts N.B. 1925, 1926.)

J. K. FLEMMING, M.P.

Wurde gezwungen als Premierminister von New Brunswick zu resignieren wegen den Aufdeckungen von Erpressungen von Holzhändlern und Eisenbahnkontraktoren. Die Royal Kommission, die von seiner eigenen Regierung ernannt wurde, fand ihn schuldig des ungeschicklichen Empfanges von \$75,000 für Holzländereien in New Brunswick und des Erhebens eines Prozentsabes von jedem Kontraktor an der Valley Eisenbahn.

(Vide Royal Commissions N.B.)

STEWART McLENNAGHAN, M.P.

Seine Spezialität war das Herstellen der Nähmaschinen für die Soldaten. Er erhielt die erste Bestellung für 30,000 zu 53 1/4 Cents und schwor vor dem Public Accounts Komitee, daß er den Preis so ausgerechnet hatte, um Hundert Tausend zu demselben Preise von 53 1/4 Cents zu nehmen.

(Vide Appendix No. 3 Part 2 to the Journals 1915.)

A. DeWITT FOSTER, M.P.

Wurde aus dem Parlament und aus der konservativen Partei gewiesen am 15. April 1915 von dem damaligen Premierminister von Canada, Sir Robert E. Borden, auf den Bericht des Hauskomitees on Public Accounts, welche die Kriegsappropriationen untersuchte. In dem Bericht des Komitees stand unter anderem:

„Der Komitee hatte unter Ermöglichung des Einkaufes von Pferden für die Militärabteilung in der Provinz Nova Scotia und unterbreitet hier dem Parlament den Bericht, die Ausgaben für Pferde und Trossmaterialien in Verbindung damit.“

„Der Komitee ist der Meinung, daß das Beweismaterial über den Ankauf von Pferden in Nova Scotia Verhalten solcher unzufriedenstellender Natur aufweist, daß weitere Untersuchungen und Eingreifen nötig ist und wir empfehlen, daß dieses Beweismaterial und alle Dokumente in Verbindung mit dieser Angelegenheit dem Department of Justice überwiesen werden, mit dem Ersuchen, Untersuchungen einzuleiten, Anklagen zu erheben und andere Schritte zu unternehmen die notwendig sind, um das öffentliche Wohl zu schützen.“

(Vide Appendix No. 3 Hansard, 1925 Page 2614.)

W. F. GARLAND, M.P.

Wurde aus dem Parlament und aus der konservativen Partei gewiesen am 15. April 1915, von dem damaligen Premierminister von Canada, Sir Robert E. Borden, auf den Bericht des Hauskomitees über Public Accounts, welche die Kriegsappropriationen untersuchte. Herr Garland verwendete seinen Angestellten in der Apotheke, Herrn E. Powell, um eine Anzahl wertvoller Kontrakte für die Militärabteilung zu erhalten. Der Bericht des Komitees sagte unter anderem:

„Der Komitee unterbreitet hiermit dem Hause den Beweis, der in Verbindung mit Kontrakten von Wertungen von Herrn E. Powell genommen wurde und beweist, daß die Meinung aus, daß diese Kontrakte für Wertungen nicht so angeordnet wurden sind, um das öffentliche Wohl völlig zu schützen.“

„Der Komitee befürwortet, daß das Beweismaterial und alle Papiere in Verbindung damit aus dem Parlament der Justizabteilung übergeben werden für weitere Untersuchungen und wenn es als nötig befunden wird, auch für das Zurückzahlen aller Gelder, die überzahlt worden sind und das Zurückhalten aller Gelder, die bis jetzt noch nicht ausbezahlt sind und das Unternehmen solcher Schritte, wodurch diese Tatsachen als notwendig erscheinen.“

(Vide Appendix No. 3 Part 2 to the Journals of the House of Commons 1915. Also Hansard 1925 Page 2614.)

HON. ROBERT ROGERS, M.P.

(Vide Galt Report in Sessional Papers of the Legislative Assembly in Manitoba 1917.)

Der Richter Galt sagte: (6) Ich kann der vierten Aussage des Herrn Rogers gar keinen Glauben schenken. (7) Die Stellung die Herr Rogers eingenommen hat — war nur ein desperater Versuch, einem heiklen Dilemma zu entkommen. (7) Ich ziehe aus dem Beweismaterial, daß er (Rogers) Herrn Carter das freiwillige Angebot gemacht hat, seinen Kontraktpreis zu erhöhen, was Herr Carter auch tat.

(Dies ist in Verbindung mit dem Milliondollar-Standal der Manitoba-Regierung.)